

7. Entwicklungsalternativen oder Alternativen zur Entwicklung?

Wie anhand definitorischer Überlegungen zu Beginn dieser Arbeit deutlich wurde, lassen sich soziale Bewegungen ins Verhältnis zu einem bestimmten Wandel setzen – gleich ob sozialer, politischer, ökonomischer oder kultureller Art – den die betreffenden Akteur*innen entweder vorantreiben, aufhalten oder rückgängig machen wollen (Kolb 2002: 9-10). Vor diesem Hintergrund lässt sich der Widerstand der sozialen TIPNIS-Bewegung einerseits unter dem Aspekt der Verhinderung von als bedrohlich wahrgenommenen Transformationsprozessen begreifen, die sich im Territorium nach Vorbild des Entwicklungsverständnis der Morales-Regierung und ihr nahestehender Akteur*innen ereignen. Andererseits können Bewegungsakteur*innen auch als Gestalter*innen eines befürworteten Wandels verstanden werden. In einem weiteren Masterframe lassen sich vor diesem Hintergrund Antagonismen zwischen Morales' Entwicklungsverständnis und den von der sozialen TIPNIS-Bewegung identifizierten Entwicklungspräferenzen nachvollziehen.

Um den bolivianischen Entwicklungsdiskurs zu verstehen, ist es sinnvoll, nach Eduardo Gudynas (2013: 22-23) zwischen Entwicklungsalternativen und Alternativen zur Entwicklung zu unterscheiden: Während Gudynas unter »Entwicklungsalternativen« verschiedene Entwicklungsmodelle zusammenfasst, die an Modernität und Wirtschaftswachstum ausgerichtet sind, beschreibt er mit dem Ausdruck »Alternativen zur Entwicklung« Versuche, Entwicklung über westliche Prämissen von Wachstum und Modernität hinauszudenken und Gesellschaft und Natur miteinander in Beziehung zu setzen. Wie bereits dargestellt, hatte der Amtsantritt der indigenen Identifikationsfigur Evo Morales im Januar 2006 große Hoffnungen auf eine Transformation der politischen, sozialen, ökonomischen und kulturellen Verhältnisse geweckt. Die Neugründung (*refundación*) des Landes 2009, Wirtschaftsreformen zur Rückerlangung staatlicher Kontrolle über die nationalen Erdöl- und Erdgasreserven und Diskussionen über die Rechte der Natur und das gute Leben (*Vivir Bien*) verleiteten zu der Annahme, dass sich Morales vom Entwicklungsweg westlicher Industrienationen abgrenzen würde. Die Regierung rief zum Respekt für Mutter Erde auf, rühmte das *Vivir Bien* als Alternative zu westlichen Entwicklungskonzeptionen und kritisierte, insbesondere in Person des Vizepräsidenten Ál-

varo García Linera, den Kapitalismus in marxistischer Tradition (Gudynas 2013: 23). Ein deutliches Zeichen war die Aufnahme indigener Kosmvisionen in die Verfassung von 2009, die in Artikel 8 als ethisch-moralische Leitprinzipien für das politische Handeln gewürdigt wurden. Neben dem *Vivir Bien*, das auch in der ecuadorianischen Verfassung von 2008 verankert ist, hebt die bolivianische Konstitution andine Konzepte wie *amaqhilla*, *ama llulla*, *ama suwa* (sei nicht faul, sei nicht lügnerrisch, sei kein Dieb) und das *qhapaj ñan* (der edle Weg oder das edle Leben) hervor. Außerdem erkennt sie die Prinzipien des *teko kavi* (das gute Dasein), *ñandereko* (das harmonische Zusammenleben) und *ivi maraei* (Land ohne Böses/intakte Umwelt) der tiefländischen Guaraníes an (CPE 2009: Art. 8). Auf diese Weise nährte die Regierung Erwartungen an Alternativen zur Entwicklung.

Über Morales' Entwicklungsverständnis ist schon viel gesagt und geschrieben worden. Es lässt sich vor allem dann verstehen, wenn es ins Verhältnis zu den Entwicklungsstrategien der Vorgängerregierungen gesetzt wird. Denn als Morales 2006 sein Amt antrat, hatte Bolivien gerade eine Periode neoliberaler Strukturanpassungen hinter sich. Diese waren Mitte der 1980er Jahre als Reaktion auf eine Wirtschafts- und Schuldenkrise eingeführt worden, in die das südamerikanische Land im Zuge der demokratischen Neuausrichtung unter Präsident Hernán Siles Zuazo der *Unión Democrática Popular* (UDP) nach Ende der Militärherrschaft 1982 manövriert worden war. Ausdruck dieser Krise war eine enorme Hyperinflation mit jährlichen Teuerungsraten von teilweise über 20.000 Prozent. Das Grundproblem der Krise lag im staatskapitalistischen Entwicklungsmodell, das sich auf die strategische Säule des verstaatlichten Bergbaus gestützt hatte. Gewinne aus dem Minensektor sollten zur Finanzierung einer importsubstituierenden Industrialisierung und der Exportdiversifizierung herangezogen werden. Da jedoch im Minensektor immer weniger Überschüsse erzielt wurden und die Wirtschaftspolitik nicht auf diese Veränderung reagierte, standen sinkende Einnahmen hohen Ausgaben im Bereich der Lohn-, Sozial- und Verwaltungskosten gegenüber. Das auf diese Weise anwachsende öffentliche Defizit musste durch eine expansive Geldpolitik ausgeglichen werden (Horst 2009: 127). Dadurch verlor der Peso an Wert. Tauschgeschäfte, Schmuggel und Drogenhandel florierten.

Am 29. August 1985 leitete Präsident Víctor Paz Estenssoro einen wirtschaftspolitischen Paradigmenwechsel ein. Um die Hyperinflation zu beenden, strebte er mit Unterstützung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank neoliberale Strukturanpassungen an, durch die das bisherige Modell aus Weltmarktabschottung, staatskapitalistischen Produktionsstrukturen und importsubstituierender Industrialisierung ersetzt werden sollte (Goedeking/Zuazo 2006: 5). Ausgerechnet Paz Estenssoro, der 1952 während der Nationalen Revolution den Grundstein für die Errichtung des bolivianischen Staatskapitalismus gelegt hatte, sollte somit 33 Jahre später auch dessen Ende einläuten. Per Oberstem Dekret (*Decreto Supremo* 21060) wurden Maßnahmen einer Schocktherapie angeordnet, mit denen

die Währung stabilisiert, Staatsausgaben gesenkt und -einnahmen erhöht werden sollten. Mit dem Boliviano wurde 1987 der wertlos gewordene Peso ersetzt. Löhne und Investitionen im öffentlichen Sektor wurden eingefroren, Subventionen für Grundnahrungsmittel gestrichen. Staatsunternehmen wurden einer Rationalisierung unterzogen. Insbesondere beim staatlichen Bergbauunternehmen *Corporación Minera de Bolivia* (COMIBOL) wurden 23.000 Arbeitsplätze abgebaut (Do Alto 2008: 26; Horst 2009: 129-130).

Gonzalo Sánchez de Lozadas Bündnis aus MNR und MRTKL (1993-1997) führte die Politik der Strukturanpassung in eine zweite Runde. Von seinem weitreichenden Reformprogramm *El Cambio para Todos* (Der Wandel für alle) zur Staatsmodernisierung war in dieser Arbeit bereits die Rede. Insbesondere im Hinblick auf die Gesetzesreformen des staatsgelenkten Multikulturalismus (Postero 2007: 124-125), die die soziale Inklusion und Partizipationsmöglichkeiten der indigenen Völker erhöht und schließlich auch die Zertifizierung des TIPNIS als *Tierra Comunitaria de Origen* (TCO) ermöglicht hatten. Doch war *El Cambio para Todos* nicht zuletzt auch ein Reformprogramm für die bolivianische Wirtschaft: Ähnlich wie Paz Estenssoro setzte Sánchez de Lozada auf die makroökonomische Stabilisierung als oberste Prämisse, die er in Orientierung am Washington-Konsens durch eine Liberalisierung der Märkte, Deregulierung, Abbau von Handelsschranken und die Steigerung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit erreichen wollte. Als ehemaliger Minengroßbesitzer und eine der reichsten Personen des Landes galt er als Fachmann für die Privatwirtschaft. In den Bereichen Elektrizität, Luftfahrt, Telekommunikation, Metallverhüttung, Eisenbahn, Erdöl und Erdgas kam es zu einer Reihe von (Teil-)Privatisierungen von Staatsunternehmen, die teilweise ineffizient gewirtschaftet und hohe Verluste eingefahren hatten. Sánchez de Lozada sah mit der sogenannten Kapitalisierung eine Privatisierungsform vor, bei der der Staat seine großen Staatsbetriebe in Gesellschaften mit privaten Investoren einbringen sollte. Die Investoren waren angewiesen, zumindest einen gleichwertigen Kapitalbetrag beizusteuern. Die Idee war, auf diese Weise den Kapitalstock der Unternehmen zu erhöhen. Mindestens 51 Prozent der Unternehmensaktien sollten jedoch in bolivianischer Hand verbleiben. Laut Regierung sollte der Mehrheitsanteil formell allen volljährigen Bolivianer*innen überschrieben werden. Für die treuhändische Verwaltung der Aktien wurde eine zu diesem Zweck gegründete Stiftung mit dem Namen *Fundación de Desarrollo Solidario* (FUNDESOL) beauftragt. Diese sollte nach Plänen der Regierung mit den Dividenden Projekte der sozialen Entwicklung finanzieren (Jost 2003: 357-358). Bei der Umsetzung des Projekts ergaben sich allerdings schwerwiegende Veränderungen: Erstens zeigte sich bei den Verhandlungen mit den Investoren, dass die angestrebte Aktienmehrheit in bolivianischer Hand nicht umzusetzen war. Statt 51 Prozent der Aktien wurden lediglich 50 Prozent übertragen. Zweitens stellte sich heraus, dass die FUNDESOL als Verwalterin der Aktien und Dividenden nicht benötigt wurde. Denn als die Sánchez-de-Lozada-

Regierung 1996 die Einführung eines privaten Rentensystems beschloss, wurden private Kapitalanlagegesellschaften gesucht, die die bolivianischen Anteile an den kapitalisierten Unternehmen als Grundkapital erhielten. Da viele dieser Kapitalanlagegesellschaften Ableger ausländischer Unternehmen waren, lag seitdem nicht nur die unternehmerische Entscheidungsgewalt, sondern auch der bolivianische Aktienanteil größtenteils in ausländischer Hand. Staat und Bevölkerung verloren ihren Einfluss auf die Unternehmensführung (Horst 2009: 140; 163).

Der Sánchez-de-Lozada-Regierung gelang es, den Nettokapitalzufluss durch das Einwerben von Krediten und ausländischen Direktinvestitionen zu erhöhen. Auf diese Weise wuchs das Bruttonationaleinkommen unter Sánchez de Lozada um durchschnittlich vier Prozent im Jahr. Investiert wurde das ausländische Kapital, von dem die bolivianische Wirtschaft zunehmend abhängig war, vorzugsweise im kapitalintensiven Erdöl- und Erdgassektor. Sánchez de Lozada hatte die Abgaben für Erdöl- und Erdgasunternehmen an den Staat auf niedrige 18 Prozent des Produktionswerts gekürzt, um Investoren anzulocken (Berger 19.11.2007). Die Belebung des Erdgas- und Erdölsektors führte zu einem Anstieg der Produktion und der Exporte, nicht jedoch zu einem Beschäftigungszuwachs (Horst 2009: 160). Für die breite Bevölkerungsmehrheit waren die makroökonomischen Erfolge kaum zu spüren. Die Strukturanpassungen seit 1985 brachten hohe sozioökonomische Kosten mit sich, die die ohnehin verarmte Bevölkerungsmehrheit zu tragen hatte. Niedrige Reallöhne und eine zunehmende Einkommensungleichheit wirkten sich negativ auf die Armutsbekämpfung aus. Unternehmensgewinne flossen in hohem Maß ins Ausland ab, anstatt der Bevölkerung zugute zu kommen (Horst 2009: 161-163).

Als Morales 2006 die Präsidentschaft übernahm galt Bolivien als ärmstes Land Südamerikas (Goedeking/Zuazo 2006: 7). Die Administrationen vor Morales hatten stets versucht, die Bevölkerung davon zu überzeugen, dass die Kosten der Strukturanpassung erst einmal getragen und der Gürtel enger geschnallt werden müssten, damit sich Wirtschaftswachstum entfalten und für Arbeitsplätze und Wohlstand sorgen könne. Trotz einiger makroökonomischer Stabilisierungs- und Wachstumserfolge hatten sich für viele Bolivianer*innen bis 2006 noch keine positiven Effekte in ihrer sozioökonomischen Situation gezeigt. Unter weiten Teilen der Bevölkerung herrschte die Meinung vor, dass sich Parteien und Regierungen selbst bereichert und den Reichtum des Landes an transnationale Konzerne verkauften hätten, während die Alltagsrealität vieler Bolivianer*innen von Massenarbeitslosigkeit, Armut und informeller Beschäftigung geprägt war (Horst 2009: 163). 2006 lag die Armutsrate bei 63,5 Prozent, die Rate der extremen Armut bei 34,3 Prozent der Bevölkerung (CEPAL 2021).¹ Unzufriedenheit und ein Vertrauensverlust in die neoliberale

1 In Lateinamerika ist die Debatte über die Messung und Messverfahren des komplexen Phänomens Armut intensiv geführt worden (Krumwiede 2003: 14). Die hier angegebenen Daten

len Strukturanpassungen waren bereits während der Amtszeiten von Hugo Banzer (1997-2001), Jorge Quiroga (2001-2002), Sánchez de Lozada (2002-2003) und Carlos Mesa (2003-2005) zum Ausdruck gekommen. Mit dem »Wasserkrieg« 2000, bei dem die Bevölkerung von Cochabamba mit ihrem Protest das Unternehmen *Agua de Tunari* des US-amerikanischen Bechtel-Konzerns, das die Wasserversorgung der Stadt kontrollieren wollte, zum Rückzug zwang, änderte sich die Einstellung der Bevölkerung zum Neoliberalismus radikal. Die soziale Mobilisierung, bei der weder eine politische Partei noch eine Gewerkschaft eine herausgehobene Stellung eingenommen hatte, ließ sich auf einen gemeinsamen anti-neoliberalen Nenner bringen (Goedeking/Zuazo 2006: 5; 8). Weitere Proteste gegen den Umgang des Staats mit den nationalen Gasreserven (2003 bis 2005) (*guerra del gas*) brachten Bolivien an den Rand der Unregierbarkeit.

Morales' Regierungsprogramm *Proceso de Cambio* (Prozess des Wandels) weckte mit seiner Kampfansage an den Neoliberalismus und Ambitionen zur Staatserneuerung Hoffnungen auf die Rücknahme der neoliberalen Reformen sowie auf einen Neuanfang der staatlichen Wirtschafts- und Entwicklungspolitik: Am 01. Mai 2006 setzte Morales ein deutliches Zeichen, indem er 56 Gas- und Ölfelder sowie die beiden größten Raffinerien des Landes von Streitkräften des Militärs besetzen ließ. Über die natürlichen Ressourcen des Landes, insbesondere über die strukturell bedeutsamen Rohstoffe Erdöl und Erdgas, sollte der Staat die Kontrolle zurückerlangen.² Auf dem Gasfeld von San Alberto verkündete er das Ende der Plünderung Boliviens durch transnationale Konzerne. In Bolivien tätige Erdöl- und Erdgasunternehmen mussten ihre Produktion mit sofortiger Wirkung dem wiederverstaatlichten Unternehmen *Yacimientos Petrolíferos Fiscales Bolivianos* (YPFB) unterstellen. Die transnationalen Konzerne führten zwar weiterhin ca. 90 Prozent der Förderung durch, allerdings nicht mehr als Eigentümerinnen der Rohstoffe. Für die Weiterverarbeitung, den Handel, den Export und die Festlegung der Preise war seitdem die YPFB zuständig. Im Zuge der »Nationalisierung« der fossilen Energieträger (nicht der ausländischen Unternehmen) gelang es der Regierung Ende 2006, neue Konzessionsverträge mit den transnationalen Konzernen abzuschließen, durch die sich die Unternehmen zu Abgaben von mindestens 50 Prozent an

basieren auf dem Armutsbegriff der Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik der Vereinten Nationen (*Comisión Económica para América Latina y el Caribe*, CEPAL). Die CEPAL ordnet diejenigen Haushalte unterhalb der *línea de indigencia* (Linie der extremen Armut) ein, die, auch wenn sie ihr gesamtes Einkommen für Nahrung ausgeben, nicht für eine ausreichende Ernährung ihrer Mitglieder sorgen können. Die *línea de pobreza* (Armutslinie) kalkuliert die CEPAL, indem sie die Kosten für die Befriedigung anderer Grundbedürfnisse (z.B. Wohnraum, Bildung, Gesundheit) schätzt und zu den Nahrungsmittelkosten addiert. An den nach kaufkraftbereinigten Dollareinkommen ausgerichteten Armutslinien der Weltbank orientiert sich die CEPAL nicht.

2 Bolivien verfügt nach Venezuela über die zweitgrößten Gasreserven Südamerikas.

den Staat verpflichteten. Dadurch erhöhten sich die Staatseinnahmen aus dem Öl- und Gasgeschäft von 200 Millionen US-Dollar auf 1,2 Milliarden pro Jahr (Berger 19.11.2007). Nach 20 Jahren erzielte Bolivien auf diese Weise im Jahr 2006 zum ersten Mal einen Haushaltsüberschuss sowie ein Wirtschaftswachstum von 4,8 Prozent (CEPAL 2021a).

Die Entprivatisierungen sollten zur Errichtung eines alternativen sozio-ökonomischen Entwicklungsmodells beitragen, für das die MAS-Regierung die Bezeichnung *Modelo Económico Social Comunitario Productivo* (MESCP) verwendete (MAS-IPSP 2019: 6).³ Ein wesentliches Charakteristikum des sozioökonomischen Entwicklungsmodells bestand in der Absicht der Regierung, die aus dem Primärgüterexport erzielten Gewinne umzuverteilen: Einerseits zur Industrialisierung und infrastrukturellen Modernisierung des Landes sowie zur Schaffung neuer Arbeitsplätze im produktiven Sektor, andererseits zur Finanzierung sozialpolitischer Maßnahmen (Ernst 2015: 60). In diesem Punkt der ressourcenfinanzierten Sozialpolitik ließ sich ein Unterschied zu klassischen Formen des Extraktivismus erkennen. Um diesen Umstand in Bolivien und in anderen von progressiven Regierungen geführten Ländern Südamerikas zu berücksichtigen, führte der Sozialökologe Eduardo Gudynas (2013: 24) den Begriff des Neoextraktivismus in die wissenschaftliche Debatte ein.

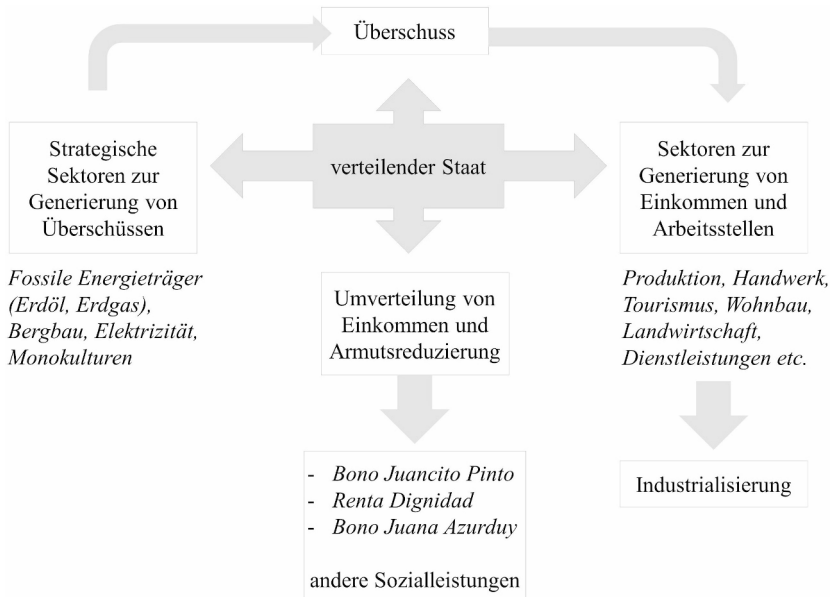
7.1 Entwicklungspolitische Erfolge der Morales-Regierung

Der Primärgüterexport bescherte Bolivien in den Jahren des weltweiten Rohstoffpreis-Booms (2000–2013) ein hohes Wirtschaftswachstum. Im Jahr 2013 erreichte die Steigerung des Bruttonationaleinkommens einen Spitzenwert von 6,8 Prozent (The World Bank Group 2021). Die Gewinne aus extraktiven Sektoren versetzten die Morales-Regierung in die Lage, umfangreiche, ressourcenfinanzierte Sozialprogramme in den Bereichen Bildung und Gesundheit auflegen, den Mindestlohn erhöhen sowie Sozialleistungen wie eine staatliche Rente auszahlen zu können (Gudynas 2012: 132). Von besonderer Bedeutung war die Einführung der sogenannten Bonus-Zahlungen (*bonos*), von denen nach Regierungsangaben im Jahr 2015 42 Prozent der Gesamtbevölkerung profitierten: Vom Schüler*innen-Förderprogramm *Bono Juancito Pinto* (einem Gutschein von jährlich 200 Bolivianos (ca. 25 US-Dollar) für den Einkauf von Schulmaterial), der Altersrente *Renta Dignidad* oder dem *Bono Madre, Niño y Niña Juana Azurduy*, mit dem die Kinder- und Müttersterblichkeit reduziert werden sollte (Viceministerio de Comunicación 06.08.2015). Bei öffentlichen Auftritten ließen es sich Morales und einige seiner

3 Übersetzung: Wirtschaftliches, soziales, gemeinschaftliches, produktives Modell.

Minister nicht nehmen, diese *bonos* medienwirksam mit Geldscheinen in der Hand zu verteilen (El Deber 23.10.2017).

Abbildung 13: Sozioökonomisches Entwicklungsmodell Boliviens unter Evo Morales



Grafik erstellt auf Grundlage des Nationalen Plans der ökonomischen und sozialen Entwicklung (2016-2020) (Ministerio de Planificación del Desarrollo n. d.: 8).

Ihren entwicklungspolitischen Kurs konnte die Regierung als messbaren Erfolg präsentieren: Nach Angaben der *Comisión Económica para América Latina y el Caribe* (CEPAL) sank der Anteil der in Armut lebenden Bevölkerung zwischen 2006 und 2019 um 32,4 Prozentpunkte auf 31,1 Prozent. Die Rate der extremen Armut sank um 22,2 Prozentpunkte auf 12,1 Prozent der Gesamtbevölkerung. Auf dem Land waren 2019 28,6 Prozent der Bevölkerung von extremer Armut betroffen, in den Städten 4,9 Prozent (CEPAL 2021). Auch der Wohlstandsindikator der Vereinten Nationen, der Human Development Index, der nicht nur das Bruttonationaleinkommen pro Kopf, sondern auch die Lebenserwartung sowie die Dauer der Ausbildung anhand der Anzahl von Schuljahren berücksichtigt, verbesserte sich von 0,649 im Jahr 2006 auf 0,718 im Jahr 2019 (United Nations Development Programme 2020: 348). Außerdem gelang es, die Einkommensungleichheit zu reduzieren. Der Gini-Koeffizient sank nach Angaben der Weltbank-Gruppe im lateinamerikanischen Vergleich ungewöhnlich stark von 0,567 im Jahr 2006 auf 0,416 im Jahr

2019 (The World Bank Group 2021a).⁴ International fand Morales' entwicklungs-politischer Kurs große Anerkennung. Selbst der Internationale Währungsfonds (IWF), der die neoliberale Strukturanpassung in Bolivien mitzuverantworten hatte, äußerte sich 2014 positiv über die Entwicklungsfortschritte in Bolivien (Fest 17.01.2020). Der argentinische Bürgerrechtler Adolfo Pérez Esquivel schlug Morales aufgrund seiner Entwicklungserfolge für den Friedensnobelpreis 2020 vor.

7.2 Kritik an Morales' Entwicklungsmodell

Allerdings zeigte Morales' sozioökonomisches Entwicklungsmodell Widersprüche zu den ideologischen, sozialistischen und ökologischen Fundamenten des *Proceso de Cambio* auf. So vertiefte die Regierung, die den Kapitalismus kritisierte, den Extraktivismus und kontinierte Boliviens Rolle als Rohstofflieferant der Industrienationen (Gudynas 2013: 24). Die nationale Ökonomie blieb auf die intensive Förderung, Produktion und den Export unverarbeiteter Rohstoffe, insbesondere der fossilen Energieträger (Öl und Gas) und Mineralen, sowie die Ausbeutung von Agrarflächen (Soja-Export) ausgerichtet. Eine Abkehr vom Extraktivismus bzw. ein Beginn einer postextraktiven Ära waren nicht zu erkennen. Im Gegenteil war während seiner Amtszeiten sogar eine Steigerung der Abhängigkeit Boliviens vom Primärgüterexport zu verzeichnen. Laut Nationalem Entwicklungsplan (2016-2020) (*Plan de Desarrollo Económico y Social*) betrug der Anteil der Erdöl-, Erdgas- und Mineralexporte im Jahr 2014 66,9 Prozent des Gesamtexportvolumens. 51,2 Prozent entfielen dabei auf Exporte im Sektor der fossilen Energieträger, 15,8 Prozent auf die Mineralexporte (Ministerio de Planificación del Desarrollo n. d.: 24). An der Abhängigkeit der Wirtschaft vom Primärgüterexport konnten auch die Bemühungen zur Industrialisierung der Ökonomie nichts ändern, durch die die natürlichen Ressourcen im eigenen Land verarbeitet und die Abhängigkeit der Wirtschaft vom Primärgüterexport verringert werden sollten. Denn die Industrialisierung hielt nicht mit der Ausdehnung des extraktiven Sektors Schritt, der massiv von der Regierung gefördert wurde. So steigerte die Morales-Administration ihre Investitionen im Bereich der fossilen Energieträger im Zeitraum von 2006 bis 2014 im Vergleich zum Zeitraum 2001 bis 2005 um 175 Prozent auf durchschnittlich 1 Milliarde US-Dollar jährlich (Ministerio de Planificación del Desarrollo n. d.: 26). Die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen wurde mit Blick auf die ressourcenfinanzierten Sozialleistungen und die Fortschritte in der Armutsreduzierung in ressourcennationalistischer Weise gerechtfertigt. Am 10. Juli 2009 richtete Morales auf einer Kundgebung in Santa Rosa del Sara Kritik an NGOs, die auf die Probleme der Ölextraktion in

4 Ein Wert von 0 zeigt die maximale Gleichverteilung der Einkommen über die Gesamtbevölkerung an, ein Wert von 1 die maximale Ungleichverteilung.

Amazonien aufmerksam machen wollten: »*de qué, entonces, Bolivia va a vivir, si algunas ONGs dicen »Amazonia sin petróleo«*«, fragte Morales (zitiert nach Crespo 25.07.2009).⁵ In anderen Worten, so Morales weiter, würden diese NGOs sagen, dass das bolivianische Volk arm bleiben und auf die Bonus-Zahlungen *Juancito Pinto*, *Juana Azurduy* sowie die *Renta Dignidad* verzichten solle (Crespo 25.07.2009).

Soziale und ökologische Probleme des Extraktivismus wurden von der Regierung minimiert, verschwiegen und bestritten. Vizepräsident Álvaro García Linera betonte im April 2010, dass die Bolivianer*innen ihre natürlichen Ressourcen nicht als »Park-Ranger« (*guardabosques*) des Globalen Nordens beschützen sollten, während sie selbst wie Bettler*innen lebten. Stattdessen sollten Straßen gebaut, nach Ressourcen gebohrt und das Land industrialisiert werden. Bolivien benötige natürliche Ressourcen, um Entwicklung, Bildung, Transport und Gesundheit zu generieren (Centro de Estudios para el Desarrollo Laboral y Agrario 26.04.2010). Kritik an Projekten wie der TIPNIS-Straße wurde als koordinierte Anstrengung zur Verhinderung von Entwicklung im Interesse des Globalen Nordens geframt. Diese Argumentation ist, wie Goodale (2019: 188) schreibt, als ironische Umkehrung der Dependenz in den Nord-Süd-Beziehungen zu verstehen. In den Worten Galeanos (2009) lässt sich diese nicht als Öffnung der »Adern« Boliviens zur Belieferung des Globalen Nordens, sondern als Forderung des festen Verschlusses derselben charakterisieren. Die für die Klimakrise verantwortlichen, reichen Länder des Nordens forderten in dieser Logik von Bolivien, eine zentrale Rolle im Klimaschutz einzunehmen und seine eigenen wirtschaftlichen und entwicklungspolitischen Interessen aufzugeben. Gerade der TIPNIS-Konflikt wurde als Beispiel für die angebliche Manipulation interner Angelegenheiten durch die Interessen ausländischer Akteur*innen wie transnationaler NGOs geframt, die eng mit bolivianischen zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammenarbeiteten.

Die Absicht den Extraktivismus zu vertiefen, zeigte sich auch im Regierungsprogramm des MAS für die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 2019. So gab die Partei an, eine verstärkte Erkundung, Ausbeutung und Industrialisierung der fossilen und mineralischen Rohstoffe anzustreben (MAS-IPSP 2019: 29). Ziel sei es, Bolivien zu einem »*corazón energético de América del Sur*« zu machen (MAS-IPSP 2019: 7).⁶ In diesem offensiven Werben der Regierung für den Extraktivismus lässt sich ein konfliktives Verhältnis zwischen dem wachstums- und ressourcenbasierten Entwicklungsverständnis und der ebenfalls von der Regierung vorangetriebenen Idee der Rechtssubjektivität der Natur erkennen. Die Rechtssubjektivität der

5 Übersetzung: »Wovon soll Bolivien denn leben, wenn einige NGOs sagen »Bolivien ohne Öl«.

6 Übersetzung: »Energie-Herz Südamerikas«; große und umstrittene Projekte der Regierung im Energiesektor waren u.a. die Initiativen zum Bau der Wasserkraftwerke El Bala-Chepete und Rositas sowie Vorstöße zum Einsatz von Fracking im Naturreservat Tariquía.

Natur, die in Kapitel 8 genauer erläutert wird, hätte nach Gudynas (2013: 24) ein Impuls für eine Alternative zur Entwicklung sein können.

Doch welche Sichtweise nahmen Widerstandsakteur*innen der sozialen TIPNIS-Bewegung gegenüber Morales' Entwicklungskurs ein? Mit Eduardo Gudynas (2013: 22-23) lässt sich die These aufstellen, dass die Akteur*innen der sozialen TIPNIS-Bewegung das neoextraktivistische Entwicklungsmodell der Morales-Regierung bestenfalls als Entwicklungsalternative, nicht jedoch als Alternative zur Entwicklung erachteten. In ihrem Entwicklungsverständnis grenzten sie sich entschieden vom Regierungskurs ab und hoben die sozio-ökologische Kehrseite des »plündernden Extraktivismus« (Brand 2016: 26) hervor: »*Bueno, ¿qué queremos? ¿Desarrollo con un sistema extractivista que siga depredándonos o queremos una alternativa real?*«, lautete eine rhetorische Frage von Ana Medinacelli der urbanen Aktivistengruppe CODAPMA (Interview Medinacelli 18.05.2019).⁷ Laut Hernán Ávila, dem Direktor des *Centro de Estudios Jurídicos e Investigación Social* (CEJIS), habe die Regierung in erster Linie den Entwicklungsbegriff dazu missbraucht, um den Extraktivismus zu rechtfertigen: »*el desarrollo en términos políticos es un argumento para justificar medidas que terminan beneficiando a externos. En términos ideológicos es una concepción utilizada para viabilizar o justificar medidas contrarias a la misma población*« (Interview Ávila 22.05.2019).⁸ Zudem bedauerte er, dass die Morales-Regierung keine nachhaltige Entwicklungsalternative verfolgt habe. Allerdings ging Ávila in seiner Argumentation zusätzlich auf die Situation internationaler, politischer und ökonomischer Zwänge ein, von denen sich Bolivien nicht lösen konnte. So habe sich die Morales-Regierung in einer internationalen Wettbewerbssituation befunden, in der Bolivien mit anderen Staaten um ausländische Investitionen konkurriert habe, um die Exportvolumina der Primärgüter zu vergrößern (Interview Ávila 22.05.2019). Enttäuschung unter den Widerstandsakteur*innen rief der fehlende politische Mut der Regierung hervor, sich von diesen Zwängen zu befreien und sich postextraktivistischen Alternativen zuzuwenden: »*Hay que tener mucha valentía [...] pero claro hace falta una alternativa política que pueda asumir estos riesgos, digamos, de sufrir impactos por abstenerse de esta lógica internacional*«, formulierte der Soziologe und ehemalige CIPCA-Mitarbeiter Ismael Guzmán (Interview 30.05.2019).⁹

7 Übersetzung: »Gut, was wollen wir? Entwicklung mit einem extraktiven System, das uns weiter ausbeutet, oder eine wirkliche Alternative?«.

8 Übersetzung: »in politischer Hinsicht ist Entwicklung ein Argument zur Rechtfertigung von Maßnahmen, die letzten Endes Außenstehenden zugutekommen. Ideologisch gesehen handelt es sich um ein Konzept, das dazu dient, Maßnahmen durchführbar zu machen oder zu rechtfertigen, die der Bevölkerung selbst zuwiderlaufen.«.

9 Übersetzung: »Es erfordert viel Mut, aber klar es fehlt eine politische Alternative, die diese Risiken auf sich nehmen kann, sagen wir, die Auswirkungen zu ertragen, die mit dem Fernbleiben von dieser internationalen Logik einhergehen.«.

7.3 *Vida tranquila* statt *Vivir Bien*

Ein zentraler Unterschied zwischen den Entwicklungsverständnissen der Morales-Administration und der sozialen TIPNIS-Bewegung lässt sich insbesondere aus Sicht indigener Widerstandsakteur*innen in unterschiedlichen Vorstellungen vom »guten Leben« erkennen. Marquesa Teco der *Subcentral de Mujeres del TIPNIS* kritisierte, dass das, was Morales für ein gutes Leben (*Vivir Bien*) für die Menschen im Territorium hielt, letztlich dem TIPNIS geschadet habe: »*El Vivir Bien fue la división, el Vivir Bien fue la destrucción de hogares de muchos pueblos indígenas, [...] el Vivir Bien [es] la carretera, el Vivir Bien es los puentes sin consulta de todos nosotros los pueblos indígenas. ¿Verdad que eso es Vivir Bien?*« (Interview Teco 16.05.2019).¹⁰ In diesem Zitat verwendete Teco den *Vivir-Bien*-Begriff nicht in seinem originären Wortsinn als Ausdruck einer hochlandindigenen Lebenskonzeption, sondern als Synonym für Morales' Entwicklungsverständnis. Morales warf sie vor, im Namen des *Vivir Bien* Indigenenorganisationen gespalten, die Heimat vieler Indigener zerstört sowie den Bau der TIPNIS-Straße und der aus ihrer Sicht illegalen Brücken vorangetrieben zu haben, die entgegen den Bestimmungen des Schutzgesetzes 180 im TIPNIS errichtet worden waren. Mit Verweis auf infrastrukturelle Veränderungen zeichnete Teco einen Wandel des TIPNIS nach Vorbild westlicher Modernität nach, den sie negativ konnotierte. Auch der ehemalige UN-Botschafter Pablo Solón, zum Erhebungszeitraum Leiter der *Fundación Solón* mit Sitz in La Paz (Interview Solón 25.06.2019), schreibt in seiner Monografie »*Alternativas sistemáticas*« (2017: 27), dass die Morales-Regierung das *Vivir Bien* bzw. das *suma qamaña* und *suma qawsay* als zentrale Referenzpunkte für ihren Entwicklungsdiskurs genutzt habe.

Mit dem ursprünglichen hochlandindigenen *Vivir-Bien*-Verständnis haben die von Teco aufgezählten Veränderungen im TIPNIS jedoch nichts zu tun. Denn dem *Vivir Bien* liegt ein komplexes Weltbild zugrunde, das von der Zentralität der *pacha*, nicht des Menschen ausgeht. Die *pacha* ist das nur schwer übersetzbare, ständig im Werden begriffene »Ganze«. Sie bezeichnet nicht nur die Welt als einen lebendigen Organismus, die *Pachamama* (Mutter Erde), auf der sich Menschen, Tiere und Pflanzen begegnen, sondern auch die »obere« Welt (*hanaq pacha*) der Gestirne sowie die »untere« Welt der Toten (*ukhu pacha*). Diese drei Welten stehen in der andinen Kosmvision in Beziehung zueinander und werden im *Vivir Bien* als Einheit betrachtet (Solón 2017: 18). Auch vermeintlich gegensätzliche Pole wie Individuum und Gemeinschaft sind eins. Die Dualität Individuum-Gemeinschaft ist ihrerseits eingebettet in die Bipolarität von Menschheit und Natur. Der Mensch hat als Teil

10 Übersetzung: »Das *Vivir Bien* war die Spaltung, das *Vivir Bien* war die Zerstörung der Heimat vieler indigener Völker, [...] das *Vivir Bien* [ist] die Straße, das *Vivir Bien* sind die Brücken, ohne uns alle, die indigenen Völker, zu konsultieren. Soll das etwa *Vivir Bien* sein?«.

der Welt die Aufgabe, im Miteinander der Pole zu leben und sich mit ihnen in Beziehung zu setzen. Anstatt die Welt zu kontrollieren, soll sich der Mensch im *Vivir Bien* um die Erde wie um eine Mutter kümmern.

Diese Sichtweise kontrastiert mit westlichen Entwicklungsverständnissen, bei denen das Individuum und der persönliche Erfolg im Vordergrund stehen und individuelle Persönlichkeitsrechte wie das Recht auf Privatbesitz und der Schutz des Eigentums eine wichtige Rolle spielen (Solón 2017: 20-22). Gut zu leben (*Vivir Bien*) heißt nicht, besser (als Andere) leben zu wollen (*Vivir Mejor*). Ziel des *Vivir Bien* ist es, einen harmonischen Einklang zwischen Menschen, Natur, materieller und spiritueller Welt, verschiedenen Kulturen und Identitäten herzustellen und dabei das »Ganze« im Blick zu haben. Grenzenloses Wachstum oder die Akkumulation von Gütern stehen dazu im Widerspruch, da diese eine Unausgeglichenheit bedeuten und zwangsläufig zu einer Rückentwicklung und zu Schädigungen der *pacha* führen (Solón 2017: 22-24).

Diese Ausführungen machen deutlich, dass das *Vivir Bien* in seiner ursprünglichen Bedeutung mit Nachdruck nach Alternativen zur Entwicklung verlangt, die sich vom Extraktivismus und Morales' Entwicklungsvisionen für das TIPNIS unterscheiden. Entwicklungsalternativen, verstanden als Reformen von Modellen, die auf Wachstum und Modernität ausgerichtet sind, sind nicht mit dem *Vivir Bien* vereinbar (Gudynas 2013). Atawallpa Oviedo Freire konstatiert in seinem Artikel »Colonizando desde la izquierda y por abajo« (2021) aus kritischer Retrospektive, dass sich die Regierungen des lateinamerikanischen Linksrutschs (*pink tide*) das *Vivir Bien/Buen Vivir* angeeignet, den Inhalt entleert und zur ideologischen Stütze ihrer Vorstellungen von Sozialismus bzw. Kommunismus zweckentfremdet hätten. An indigenen Rationalitäten, intellektuellen und theoretischen Impulsen seien sie nicht interessiert gewesen. Vielmehr habe das *Vivir Bien/Buen Vivir* als bloße Folklore gedient, ohne tatsächlichen Einfluss auf reale Transformationsprozesse zu nehmen (Oviedo 16.02.2021).

Obwohl das andine *Vivir Bien* in der bolivianischen Entwicklungsdiskussion einen hohen Stellenwert einnahm, ist es im Kontext des bolivianischen Tieflands ein Fremdkonzept. Statt dem *Vivir Bien* stand für die Akteur*innen der sozialen TIPNIS-Bewegung die Formel *vida tranquila* im Vordergrund. Mit dieser brachten sie im entwicklungsbezogenen Masterframe einen Wunsch nach einem friedlichen, sorglosen und den eigenen Normen und Traditionen entsprechenden Leben, frei von externen Problemen und äußerer Einmischung sowie in Harmonie mit der Natur, zum Ausdruck. Anders als bei der *Loma-Santa*-Bewegung stand dabei nicht die Suche, sondern die (Wieder-)Erlangung bzw. Verteidigung dieser *vida tranquila* im Fokus, die durch die Vorfahren, insbesondere die Angehörigen der *Loma-Santa*-Bewegung, erreicht worden sei. Je nach befragter Person wurde im Framing die Absicht formuliert, den Status quo bewahren oder auf das Lebensqualitätsniveau der Vorfahren zurückkehren zu wollen: »no sé, pues, cómo iremos a recuperar esa

vida feliz, esa vida tranquila que había antes en el territorio«, fragte sich Maribel Daza von der CPEM-B (Interview 12.07.2019).¹¹

In einigen Frames wurde die Vergangenheit bzw. der »Urzustand« des Territoriums im Framing gewürdigt bzw. idealisiert. Nach Meinung von Cecilia Moyoviri der Widerstandssubzentrale des TIPNIS hätten die Vorfahren im Territorium im Vergleich zu heutigen TIPNIS-Generationen ein besseres und gesünderes Leben geführt: *»nuestros antepasados nunca salían enfermarse del llamado cáncer. La gente se moría a veces por edad porque antes habían llegado hasta 120, 100 años, 80 años [...]. Ahora no podemos llegar a eso [...]. Entonces, esa es la diferencia*« (Interview Moyoviri 19.06.2019).¹² Julia Molina, Moxeña-Trinitaria aus Santísima Trinidad, erzählte von reichen Fischbeständen, die es in der Vergangenheit in den TIPNIS-Flüssen in der Nähe ihrer Gemeinde gegeben habe. Ihren Vorfahren, die auf der Suche nach der *Loma Santa* Santísima Trinidad gegründet hatten, hätten diese noch im Überfluss zur Verfügung gestanden (Interview Molina 17.05.2019). Marquesa Teco der *Subcentral de Mujeres del TIPNIS* äußerte, dass die Zeiten vor der Besiedlung und Unterwerfung (*avasallamiento*) durch die *colonos* glücklicher als die Gegenwart gewesen seien: *»Queremos que seamos felices en el TIPNIS como años atrás que no había todavía ese avasallamiento. Tranquilos éramos*« (Interview Teco 16.05.2019).¹³

7.4 Alternativvorschläge zum Straßenbauprojekt

Das Streben nach der *vida tranquila* legt zwei Interpretationsmöglichkeiten nahe, die an dieser Stelle relativiert werden sollen: Erstens ließe sich aus der Widerstandsperspektive eine klar abgrenzbare Gegensätzlichkeit von kontrastierenden Werten und Ideen über die Natur und deren Ausbeutung zwischen der Regierung und ihr nahestehender Akteur*innen (Ausbeutung) auf der einen und indigenen Akteur*innen des Widerstands auf der anderen Seite (Harmonie) suggerieren. John McNeish (2013: 238) erinnert an Widersprüchlichkeiten innerhalb der indigenen Gemeinschaften, die nicht im Zuge einer vereinfachenden Darstellung außer Acht gelassen werden dürfen. Dazu gehören die bereits genannten profitorientierten Aktivitäten zur illegalen Holzextraktion ehemaliger indigener Führungspersönlichkeiten des TIPNIS, die sich kaum in das Schema eines harmonischen

11 Übersetzung: »nun, ich weiß nicht, wie wir dieses glückliche und sorglose Leben, das es früher im Territorium gab, wiedererlangen werden.«

12 Übersetzung: »unsere Vorfahren erkrankten niemals am sogenannten Krebs. Die Leute starben an Altersschwäche, weil sie früher bis zu 120, 100, 80 Jahre alt wurden [...]. Heute können wir das nicht erreichen [...]. Also das ist der Unterschied.«

13 Übersetzung: »Wir wollen im TIPNIS glücklich sein sowie Jahre zuvor als es noch nicht diese Unterwerfung gab. Wir waren sorglos.«

Zusammenlebens mit der Natur einfügen lassen. Bei der Betrachtung und Einordnung von Framings zur *vida tranquila* ist es daher sinnvoll, die Möglichkeit zur Idealisierung des *lo indígena* angemessen zu berücksichtigen (Goodale 2019: 7).

Zweitens wäre es irreführend, das Streben nach der *vida tranquila* als Forderung nach einer exakten Wiederherstellung vergangener Verhältnisse zu interpretieren. Dies lässt sich im Hinblick auf Ideen und Konzepte zur Gestaltung des Territoriums nachvollziehen, die sich in der Diskussion um das Straßenbauprojekt Villa Tunari – San Ignacio de Moxos zeigten. Wie bereits dargelegt, gab es zwar Interviewpartner*innen, wie Marquesa Teco oder Tomás Candia, die einen Straßenbau vollständig ablehnten. Doch war diese Haltung nicht repräsentativ für die Gesamtheit der sozialen TIPNIS-Bewegung. Denn obwohl innerhalb der Bewegung ein Konsens über die Ablehnung des geplanten Trassenverlaufs der TIPNIS-Straße mitten durch das Territorium herrschte, darf nicht darüber hinweggesehen werden, dass sich ein Großteil der Widerstandsakteur*innen nicht grundsätzlich gegen eine Förderung der Verkehrsinfrastruktur positionierte. Selbst der Bau einer Fernstraße wurde unter der Bedingung eines veränderten Routenverlaufs nicht allgemein ausgeschlossen.

Stattdessen bedauerten Akteur*innen wie Nazareth Flores des Widerstandskreises der CPIB, dass die soziale TIPNIS-Bewegung in ihrer Haltung zum Straßenbauprojekt häufig missverstanden und ihre Akteur*innen zu Unrecht als Fortschrittsverweiger*innen dargestellt worden seien: *«Nosotros no nos hemos opuesto a la carretera no, no y no. Dijimos carretera sí, pero por donde de verdad las comunidades la necesiten»* (Interview Flores 16.05.2019).¹⁴ Auch Adolfo Moye, der als ehemaliger Vorsitzender der *Subcentral TIPNIS* zu den Mitinitiator*innen des Protestmarschs von 2011 gehört hatte, sah sich zu einer Richtigstellung veranlasst. So seien die Akteur*innen, die 2011 protestiert hätten, keine Straßenbaugegner*innen gewesen: *«en todo el momento nosotros hemos dicho que [...] nadie, pero absolutamente nadie se opone a una construcción de carretera»* (Interview Moye 20.07.2019).¹⁵

Zudem wies Moye darauf hin, dass der Bau einer Fernstraße, je nach Planung, entweder vorteilhaft oder schädlich für die indigenen TIPNIS-Gemeinden sein könnte: *«sí no está diseñada para el beneficio, entonces, es una carretera pernicioso»* (Interview Moye 20.07.2019).¹⁶ Damit lenkte er den Blick auf den Nutzen des Straßenbaus als entscheidendes Kriterium für die Zustimmung oder Ablehnung des Projekts. Unter den Akteur*innen der sozialen TIPNIS-Bewegung bestand Einigkeit darin, dass die Straße weder den Interessen der Siedler*innen, Kokabauern

14 Übersetzung: »Wir haben uns nicht gegen die Straße gestellt. Nein, nein und nein. Wir haben ja zur Straße gesagt, aber dort wo die Gemeinden sie wirklich brauchen«.

15 Übersetzung: »wir haben immer gesagt, dass sich [...] wirklich niemand gegen den Bau einer Straße gestellt hat«.

16 Übersetzung: »wenn sie nicht für den Vorteil geplant wurde, ist es eine schädliche Straße«.

und Drogenkartellen, noch denen von Ölkonzernen und Holzfällerunternehmen dienen sollte. Stattdessen sollte die Straße nach den Bedürfnissen der lokalen Bevölkerung ausgerichtet werden, um die Vereinbarkeit von Straße und *vida tranquila* zu garantieren (Interview Muiba 28.05.2019). Eine Forderung der Widerstandsakteur*innen lag deshalb in der Stärkung der Partizipationsmöglichkeiten der lokalen Bevölkerung am Planungsprozess der Straße. Denn vor dem Hintergrund des Selbstverständnisses als Eigentümer*innen (*dueñas* und *dueños*) ihrer *Casa Grande* hätte die TIPNIS-Bevölkerung ein Anrecht darauf, über Veränderungen im Territorium mitzuentcheiden (Interview Moye 20.07.2019).

Dieses Selbstverständnis teilten auch indigene Akteur*innen des Konfliktsystems der sozialen TIPNIS-Bewegung. Wie sich anhand von Äußerungen von Carlos Fabricano (*Subcentral Sécure*) und Raquel Moye (*Subcentral de Mujeres del TIPNIS*) zeigen lässt, kann die räumliche Distanz der TIPNIS-Gemeinden zur geplanten Trasse als Hauptfaktor gesehen werden, der darüber entschied, ob die geplante Straße als nützlich wahrgenommen wurde oder nicht. Raquel Moye aus der TIPNIS-Gemeinde San Ramoncito am Río Ichoa tendierte dazu, das Straßenbauprojekt in seiner geplanten Form abzulehnen, da sie keine persönlichen Vorteile erwartete: *«estoy en contra porque no me va a beneficiar [la carretera]»* (Interview Moye 05.06.2019).¹⁷ Fabricano hingegen, der als Vorsitzender der *Subcentral Sécure* einige Gemeinden in unmittelbarer Nähe zur geplanten Straße repräsentierte, betonte die Wichtigkeit des Baus; insbesondere des Abschnitts zwischen Santo Domingo und Monte Grande, der es den Bewohner*innen der von ihm vertretenen Gemeinden ermöglichen würde, nach San Ignacio de Moxos zu fahren (Interview Fabricano 18.06.2019).

Laut Adolfo Moye haben Widerstandsakteur*innen der sozialen TIPNIS-Bewegung im Laufe der Konfliktgeschichte immer wieder Alternativvorschläge zum Routenverlauf gemacht, die jedoch von Seiten der Morales-Regierung ignoriert worden seien (Interview Moye 20.07.2019). Einige plädierten dafür, die Straße östlich des Territoriums zu bauen. Darauf konnten sich sowohl indigene Akteur*innen wie Bertha Vejarano, Corregidora der TIMI-Gemeinde Argentina und ehemalige Vorsitzende der CPEM-B (2010-2016), kirchennahe Akteur*innen wie Julio Ribera von der Indigenenpastoral des Apostolischen Vikariats Beni als auch Vertreter*innen von Nichtregierungsorganisationen und Aktivistengruppen wie Manuel Menacho (CEJIS/CODAPMA) einigen. An der Ostflanke wäre aus Sicht der Widerstandsakteur*innen eine Route über Villa Tunari, El Castillo, Puerto San Francisco, Cariaco und Loreto (und damit in weiten Teilen in unmittelbarer Nähe zum Río Mamoré) realisierbar. Diese Route, die Ribera als *«la vieja propuesta»* bezeichnete, würde statt in San Ignacio de Moxos in Trinidad enden (Interview

17 Übersetzung: »ich bin dagegen, weil mir [die Straße] keine Vorteile bringt«.

Ribera 17.07.2019).¹⁸ Da Trinidad über die *Ruta Nacional 3* mit San Ignacio de Moxos verbunden ist, wäre San Ignacio de Moxos trotzdem zu erreichen.

Zudem wurde unter den Widerstandsakteur*innen in einer zweiten Variante diskutiert, die Straße noch näher an den Isiboro-Verlauf und die dort ansässigen TIPNIS-Gemeinden zu rücken. Gemeinsam war diesen Vorschlägen, dass die Öllagerstätten des TIPNIS in beiden Fällen weit von der möglichen Straße entfernt wären, sodass sich aus Sicht der Widerstandsakteur*innen keine Vorteile für Ölkonzerne ergeben würden: »*Entonces, son alternativas bastantemente para nosotros factibles porque nos beneficiarían. [...] nos queda más cómodo para hacer el control, para hacer el patrullaje de la zona y evitar el saqueo*«, äußerte Adolfo Moye (Interview Moye 20.07.2019).¹⁹ Mario Gutiérrez, Mitarbeiter des bolivianischen Caritas-Verbands, befürwortete im Gegensatz dazu einen Straßenbau an der westlichen Flanke, da die dortige bergige Region am Fuß der Anden für den Kokaanbau besonders unwirtschaftlich sei (Interview Gutiérrez 01.07.2019). Von Villa Tunari aus gesehen könnte diese westliche Route über Quillacollo, Morochata, Cocapata und Covendo führen und schließlich in Palos Blancos zur *Ruta Nacional 3* zwischen Trinidad und La Paz anschließen. Bis auf wenige Gemeinden in der *Sécure*-Region hätte die indigene Bevölkerung jedoch kaum Zugang zu dieser aufgrund des gebirgigen Geländes schwierig zu konstruierenden Route.

Andere Akteur*innen des Allianzsystems der sozialen TIPNIS-Bewegung plädierten für alternative Infrastrukturprojekte, von denen an dieser Stelle einige Beispiele genannt werden sollen: Fabio Garbari rief zu einem Paradigmenwechsel auf. Statt über eine *carretera* zu diskutieren, müsse nach Meinung des Aktivisten und Jesuitenpfarrers überlegt werden, wie die indigene Bevölkerung in der Provinz Moxos besser integriert werden könne. Dazu seien kleine Verbindungswege und eine bedarfsgerechte Planung, jedoch keine Durchquerung des TIPNIS notwendig (Interview Garbari 26.05.2019). Ähnlich argumentierte der Soziologe und ehemalige CIPCA-Mitarbeiter Ismael Guzmán. Seiner Meinung nach hätte es Vorteile für die TIPNIS-Bevölkerung, wenn diese besser an San Ignacio de Moxos und über diesen Weg auch an Trinidad angebunden werden könnte. Eine bedarfsgerechte Planung könne dabei helfen, dem Wunsch eines Teils der TIPNIS-Bevölkerung nach mehr Austausch, Kontakt und Unterstützung zwischen den Gemeinden zu fördern (Interview Guzmán 30.05.2019). Diese Einschätzung teilte auch die Gemeindebewohnerin aus Santísima Trinidad und ehemalige Vorsitzende der *Subcentral de Mujeres del TIPNIS* Julia Molina: »*sé que mis hermanos necesitan unos caminos para que ellos puedan salir [del territorio] con más facilidad, pero no así una carretera troncal donde después la*

18 Übersetzung: »der alte Vorschlag«.

19 Übersetzung: »Also, das sind für uns ziemlich machbare Alternativen, weil sie uns von Vorteil wären. [...] es ist für uns einfacher, Kontrollen durchzuführen, in diesem Gebiet zu patrouillieren und Plünderung zu vermeiden«.

colonización y las empresas se puedan acomodar« (Interview Molina 17.05.2019).²⁰ Cecilia Moyoviri (Subcentral TIPNIS) betonte, dass kleine Wege zwischen den Gemeinden die Beweglichkeit im Territorium erhöhen würden. Dies wäre besonders in der Trockenzeit von Vorteil, da die Hauptverkehrswege des TIPNIS, d.h. die Flusssysteme, in dieser Periode nur eingeschränkt nutzbar seien (Interview Moyoviri 19.06.2019).

Angesichts dieser Tatsache schlug die Entwicklungsbeauftragte des Munizips San Ignacio de Moxos María Eugenia Balderrama vor, die Wasserstraßen besser für den Verkehr herzurichten. Dies wäre im TIPNIS durch die Beseitigung gefährlicher Hindernisse, wie aus dem Wasser ragende Baumstämme, möglich (Interview Balderrama 10.06.2019). Das Munizip San Ignacio de Moxos ist in sieben Distrikte geteilt. Teile des TIPNIS, die aufgrund des Grenzstreits mit Cochabamba im uneindeutig abgrenzbaren Department Beni liegen, gehören zu seinem Verwaltungsbereich. Juan Carlos Núñez, Leiter der katholischen *Jubileo*-Stiftung empfahl, statt einer Straße eine Zugverbindung zu errichten. *Jubileo* wurde 2003 auf Initiative der bolivianischen Diözesen und der deutschen Partnerbistümer Trier und Hildesheim mit dem Ziel gegründet, Forschung und Bildungsarbeit in den Bereichen Politik, Soziales und Wirtschaft zu betreiben. Núñez zufolge hätte eine nach Möglichkeit elektrifizierte und umweltschonende Zugverbindung zwischen den *departamentos* Beni und Cochabamba Vorteile für Handel und Tourismus sowie für die TIPNIS-Bevölkerung. Unter der Bedingung, dass die Zugverbindung nur wenige Zwischenhalte vorsehe, würde die TIPNIS-Bevölkerung die Kontrolle über ihr Territorium behalten können (Interview Núñez 02.07.2019).

7.5 Natur und Nachhaltigkeit

In den Ideen und Konzepten der Widerstandsakteur*innen für die Gestaltung des Territoriums fielen die Aspekte der Nachhaltigkeit sowie des Natur- und Klimaschutzes ins Gewicht. Diese können nicht nur, wie in Kapitel 6 dargelegt, aus der Perspektive der Versicherheitlichung als Grundvoraussetzungen für das eigene physische und kulturelle Überleben betrachtet werden. Denn im Widerstands-Framing lassen sie sich auch als eigenständige Werte mit hohem Mobilisierungspotenzial innerhalb und außerhalb des Territoriums erkennen.

Nach Einschätzung der Fachzeitschrift *Current Biology* ist das TIPNIS ein Biodiversitätshotspot. Das bedeutet, dass in der Region im weltweiten Vergleich eine hohe Fülle an Pflanzen- und Tierarten anzutreffen ist (Fernández-Llamazares et

20 Übersetzung: »ich weiß, dass meine *hermanos* Wege brauchen, um leichter [aus dem Territorium] herauszukommen, aber keine Fernstraße, wo sich später die Siedler und die Unternehmen einrichten können«.

al. 2018). Zwar kann die Natur des TIPNIS, obwohl es zu den isoliertesten und entlegensten Gebieten des Beni zählt, aufgrund der bereits dargelegten Ressourcennutzung und seiner Prägung durch den Menschen im Anthropozän nicht als »ursprünglich« oder »unberührt« gelten (Lehm 1998: 84). Jedoch ist die biologische Artenvielfalt beachtlich. Erika Fernández und Saúl Altamirano zufolge leben 858 Wirbeltierarten im TIPNIS; darunter 108 Säugetier-, 470 Vogel-, 39 Reptil- und 188 Fischarten (Fernández/Altamirano 2004: 44; 60; 80; SERNAP 2004: 18). Zudem stellt das TIPNIS ein Refugium für zahlreiche gefährdete Spezies wie den Jaguar (*Panthera onca*), den Brillenbären (*Tremarctos ornatus*), den Bolivianischen Amazonasdelfin (*Inia boliviensis*) sowie die endemische Hornhokkoart Blaues Einhorn (*Pauxi unicornis unicornis*) dar. Die Wälder des Territoriums speichern große Mengen an Kohlenstoffdioxid und tragen auf diese Weise zur Klimaregulierung bei (ITRN 2019a: 6). Mit seinen zahlreichen Lagunen und mäanderförmigen Flüssen, von denen der Isiboro mit seinen 315 Kilometern der längste ist, und seinen hohen Niederschlägen in den Monaten September/Oktober bis März/April, die jährlich Überflutungen im TIPNIS auslösen, gilt das Gebiet außerdem als ökologisch wertvoller Süßwasserspeicher (SERNAP 2004: 13).

Héctor Tamo (Interimspräsident der CPEM-B) erklärte, dass der Umweltschutz ein großes Anliegen der Gemeindebewohner*innen des TIPNIS sei: »*lo único que quiere [la gente] es conservar este espacio territorial y sus bosques y su medio ambiente*« (Interview Tamo 18.07.2019).²¹ Julia Molina hob die Bedeutung einer intakten Umwelt für das Klima hervor. Für die Menschen im TIPNIS sei der Erhalt des Baumbestands essenziell: »*estar debajo de un árbol es como estar en un cuarto con aire acondicionado. Se siente la frescura*« (Interview Molina 17.05.2019).²² Gleichzeitig stellte Molina Ökosystemleistungen des TIPNIS neben der lokalen Dimension auch in einen globalen Zusammenhang. So warnte sie davor, dass eine Entwaldung des TIPNIS dem globalen Klimawandel Vorschub leisten würde (Interview Molina 17.05.2019). Marquesa Teco benutzte den Begriff der »grünen Lunge«, um die Bedeutung der Ökosystemleistungen auf lokaler und globaler Ebene zu unterstreichen: »*el TIPNIS es el [...] pulmón de todos nosotros, de todo el mundo*« (Interview Teco 16.05.2019).²³ Wie eine Aussage des Vizepräsidenten García Linera zeigt, war die Regierung bemüht, diese Sichtweise zu relativieren. So bezeichnete dieser das TIPNIS, mit Verweis auf die illegale Holzextraktion, in seinem 2012 veröffentlichten Buch »Geopolítica de la Amazonía« als eine krebskranke, nikotinbelastete Lunge (García 2012: 35). Tomás

21 Übersetzung: »das Einzige was [die Leute] wollen ist den territorialen Raum und ihre Wälder und Umwelt zu bewahren«.

22 Übersetzung: »unter einem Baum zu sein, ist wie in einem klimatisierten Raum zu sein. Man spürt die Frische«.

23 Übersetzung: »das TIPNIS ist die [...] Lunge von uns allen, von der ganzen Welt«.

Candia (CIDOB) wies auf die Leistungen indigener Völker zur Bewahrung der Natur und zum Klimaschutz hin: »somos los preservadores de los bosques, de la naturaleza para que puedan respirar aire puro en todos los lugares« (Interview Candia 16.05.2019).²⁴ Von den von Indigenen beschützten Gemeingütern, wie saubere Luft, würden auch Personen in den Städten profitieren, die vom Verkehr und der Industrie kontaminiert seien (Interview Candia 16.05.2019).

Aus framingtheoretischer Perspektive lässt sich in diesen Aussagen von Teco, Molina und Candia eine Strategie erkennen, die Snow et al. (1986: 473) als *Frame-Extension* bezeichnen. Diese besteht in einer Öffnung der Problematik, durch die es im Fall des TIPNIS möglich sein soll, den Widerstand mit in der Öffentlichkeit vorhandenen Werteklustern und Betroffenheiten zu verknüpfen, lokale und globale Perspektiven zu verbinden (Glokalisierung), dadurch einen größeren Adressat*innenkreis anzusprechen und Unterstützung für die *Casa Grande* zu generieren. Wenn beispielsweise Tomás Candia davon sprach, dass die indigene Bevölkerung durch die Bewahrung der Natur in ihren Territorien für Frischluft in den Städten Sorge, war davon auszugehen, dass er bei dieser Aussage auch Problematiken der bolivianischen Stadtbevölkerung und die Anliegen verbündeter urbaner Umweltaktivistengruppen wie CODAPMA im Blick hatte.

Marquesa Teco und Julia Molina stellten mit ihrer Betonung der Bedeutung der Ökosystemleistungen des TIPNIS für das Weltklima Bezüge zu internationalen Klimadebatten und globalen umweltsensiblen Adressat*innen her. Mit ihrer Bezeichnung des TIPNIS als »*pulmón [...] de todo el mundo*« unterstrich Teco die starke Symbolkraft des Territoriums (Hirsch 2019: 815-816) und appellierte gleichzeitig an die globale Verantwortung der Menschheit im Kampf gegen den Klimawandel und die Rettung des Planeten Erde (Interview Teco 16.05.2019).²⁵ Auch CIPCA-Mitarbeiter Edgar Izurieta wies darauf hin, dass es den indigenen Akteur*innen nicht nur darum gehe, ihr »Haus« zu beschützen, sondern auch die Natur zum Wohle aller: »*una naturaleza que no solamente es de ellos, sino que es de todos*« (Interview Izurieta 15.06.2019).²⁶ Der Kampf ums TIPNIS lässt sich aus dieser Perspektive auch als Kampf gegen den globalen Klimawandel deuten: »*no peleamos solo porque somos TIPNIS, peleamos por toda Bolivia y el mundo entero*«, äußerte Marquesa Teco (Interview Teco 16.05.2019).²⁷

Diese Strategie der *Frame-Extension* ließ sich auch in Bezug auf Vertreter*innen aus dem kirchlichen Kontext feststellen, die sich in ihrer Arbeit am Ziel der

24 Übersetzung: »wir sind die Beschützer der Wälder, der Natur, damit man allerorts reine Luft atmen kann.«

25 Übersetzung: »Lunge [...] der ganzen Welt«.

26 Übersetzung: »eine Natur, die nicht nur ihnen, sondern allen gehört«.

27 »wir kämpfen nicht nur, weil wir TIPNIS sind, wir kämpfen für ganz Bolivien und die gesamte Welt«.

Bewahrung der Schöpfung Gottes orientierten: »la posición de la REPAM siempre va a ser el cuidado de la creación, [...] que no es más que cuidar el territorio, su naturaleza considerando la importancia de todo el bosque en relación a la producción de agua y de oxígeno para el planeta«, äußerte Willy Llanque des Panamazonischen Kirchennetzwerks (REPAM) (Interview Llanque 16.05.2019).²⁸ In Übereinstimmung mit dem christlichen Schöpfungsgedanken framtten einige Widerstandsakteur*innen, insbesondere die Vorsitzende der Frauensubzentrale des TIPNIS Marquesa Teco, den Naturschutz als Bewahrung der Schöpfung Gottes: »Dios nos creó a nosotros para cuidar la naturaleza [...]. Hay un solo Dios de todos nosotros, la gente, pero algunos no lo creen también. Pero tenemos este Dios que creó esta tierra. Creó al hombre. [...] Y eso de crear al hombre era para cuidar el paraíso« (Interview Teco 16.05.2019).²⁹

Um das Bild der indigenen TIPNIS-Völker als Naturschützer*innen zu vervollständigen, stellt sich die Frage, welche Rolle der Staat beim Schutz des Gebiets einnimmt. Hierbei ist es sinnvoll, sich mit der staatlichen Parkaufsichtsbehörde *Servicio Nacional de Áreas Protegidas* (SERNAP) auseinanderzusetzen. Denn diese hat die Aufgabe, die indigene Bevölkerung beim Naturschutz zu unterstützen. Mit der Gründung des SERNAP sollte 1999 nach einer Phase der De-facto-Abwesenheit des Staats im TIPNIS, die von Ende 1996 bis Anfang 1997 dauerte, eine institutionelle Restrukturierung des Nationalparks vorgenommen werden. Nach einem Wechsel in der Führungsebene der *Subcentral TIPNIS* vereinbarte die Behörde 1998 eine Co-Verwaltung, bei der die *Subcentral TIPNIS* und der SERNAP zusammenarbeiten und Informationen austauschen sollten. Diese Zusammenarbeit wurde von Anfang an auf Angelegenheiten beschränkt, die mit dem Status des TIPNIS als Nationalpark und der Kategorie als Schutzgebiet zusammenhängen, nicht jedoch mit in seiner Qualität als *territorio indígena*. Die Aufgabenteilung, Verantwortlichkeiten und die Beziehung zwischen SERNAP und *Subcentral TIPNIS* wurden zwischen den beteiligten Akteur*innen diskutiert und in einem Parkmanagementplan festgelegt (SERNAP 2004; Interview Monasterio 28.05.2019).

Zum Zeitpunkt der Feldforschung wurden im Framing der Widerstandsakteur*innen Beiträge des SERNAP zum Schutz des TIPNIS kaum erwähnt. Jedoch drückten einige Akteur*innen, wie Fernando Machicao der Aktivistengruppe *Territorios en Resistencia*, ihr Bedauern über die Schwäche des Schutzzonenmanagements aus. Machicao betonte, dass Park-Ranger des SERNAP kaum noch

28 Übersetzung: »die Position der REPAM wird immer die Bewahrung der Schöpfung sein, [...] was nichts anderes bedeutet als die Bewahrung des Territoriums, seiner Natur unter Berücksichtigung der Bedeutung des gesamten Waldes in Bezug auf die Produktion von Wasser und Sauerstoff für den Planeten«.

29 Übersetzung: »Gott erschuf uns, um die Natur zu bewahren [...]. Es gibt einen einzigen Gott aller Menschen, aber einige glauben das auch nicht. Aber wir haben diesen Gott, der diese Welt erschuf. Er erschuf den Menschen. [...] Und die Erschaffung des Menschen war dazu da, das Paradies zu bewahren«.

im TIPNIS anwesend seien (Interview Machicao 05.07.2019). Nach Einschätzung des Entwicklungsexperten Jorge Krekeler lag das Hauptproblem des SERNAP darin, dass diese Behörde zwar mit Unterstützung der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit GmbH (GTZ) solide aufgebaut worden war, jedoch von der Morales-Regierung finanziell ausgetrocknet worden sei. Die Regierung habe den SERNAP als Vorwand benutzt, um nach außen auf staatliches Engagement im Naturschutz verweisen zu können, aber eigentlich diese Behörde niedergerissen (Krekeler 23.05.2019).³⁰ Vor diesem Hintergrund lassen sich Aussagen indigener Akteur*innen verstehen, die die indigene Bevölkerung als die wichtigste bzw. alleinige Instanz zum Schutz des TIPNIS erachteten (Interview Candia 16.05.2019).

7.6 Indigene Subsistenzwirtschaft als Vorbild

Ein wichtiger Aspekt im Framing der Widerstandsakteur*innen war die Hervorhebung der Vorzüge indigener Produktionsweisen im Vergleich zu denen der Siedler*innen. Dieser Aspekt blieb in der bolivianischen Öffentlichkeit lange Zeit unbeachtet. Auf staatlicher Seite, v.a. beim *Viceministerio de Tierras* und der INRA-Behörde, herrschte während der *saneamiento*-Prozesse im TIPNIS und in anderen indigenen Territorien die Auffassung vor, dass der indigenen Bevölkerung schon genug Land zugeteilt worden war (Tamburini 2019: 13). Unterschiede in den Agrarverständnissen und Produktionsweisen zwischen der »interkulturellen« und indigenen Bevölkerung wurden kaum wahrgenommen, da bei Fragen der Flächenverteilung häufig nur messbare und quantifizierbare Fakten im Fokus standen. Da Tieflandindigene in zertifizierten Territorien, gemessen in Quadratmeter pro Person, über größere Flächen verfügten als der Durchschnitt der gesamtbolivianischen Bevölkerung, wurden sie mit dem Vorwurf konfrontiert, verkappte Großgrundbesitzer*innen (*latifundistas*) zu sein (Tamburini 2019: 9; Interview Garbari 26.05.2019).³¹ Auch Evo Morales trug zur Verfestigung dieser Ansicht bei. Zur Eröffnung des sogenannten Plurinationalen Treffens (*Encuentro Plurinacional*), einer Großversammlung von Organisationen und sozialen Bewegungen, urteilte er am 12. Dezember 2011 über die Gebietsansprüche tieflandindigener Akteur*innen: »*algunos dirigentes nos piden 500 hectáreas por persona de dotación, sabiendo que en algunas*

30 Interviewanfragen des Autors an Vertreter*innen der SERNAP-Büros in La Paz und Trinidad blieben unbeantwortet.

31 Aktuelle Daten zufolge ist die Flächenverteilung in den indigenen Tieflandterritorien mit 0,83 km² pro Einwohner*in bemessen. Diese Zahl unterscheidet sich deutlich von dem gesamtbolivianischen Durchschnitt von 0,1 km² pro Einwohner*in (Tamburini 2019: 9).

regiones como el lago Titicaca [...] hay »surcofundio« [...], tal vez es mucha ambición» (Morales; zitiert nach Colque et al. 2012: 19).³²

Wie Jorge Krekeler (Interview 23.05.2019) feststellte, ist dieser Vorwurf des unterschweligen Großgrundbesitzes in weiten Teilen Boliviens verbreitet. Vor diesem Hintergrund zeigte sich im Framing der Widerstandsakteur*innen die Tendenz, den Flächenbesitz der indigenen Bevölkerung zu rechtfertigen. Alejandra Anzaldo (CIPCA) argumentierte, dass es den indigenen Gemeinden nicht darum gehe, Land zu kommerzialisieren (Interview Anzaldo 25.05.2019). Krekeler betonte, dass indigene Produktionsweisen stark von der kulturellen Identität abhingen. Daher sei klar, dass Indigene, im Gegensatz zu Ackerbauern, nicht einfach ein Stück Land, sondern ein Territorium zur Selbstentfaltung benötigten (Interview Krekeler 23.05.2019). Zulema Lehm zufolge haben die präkoloniale Existenz indigener Völker im TIPNIS sowie das Leben in Abhängigkeit von der Natur, die Kultursysteme der Moxeño-Trinitarios, Yuracarés und Chimanés geprägt: »In this sense, the whole area forms part of the culture of its peoples« (Lehm 1998: 84).

Die kollektive Subsistenzwirtschaft der indigenen Völker des TIPNIS, die je nach Ethnie variiert, stellt laut SERNAP-Angaben nur eine sehr geringe Belastung für die Ökosysteme des TIPNIS dar, da sie auf Nachhaltigkeit ausgerichtet ist (SERNAP 2004: 22). Die Ressourcennutzung zum Zweck der Bedürfnisbefriedigung steht dabei im Einklang mit der natürlichen Regenerationsfähigkeit der Ökosysteme des TIPNIS. Neben dem Sammeln, Jagen und Fischen ist der Anbau von Reis, Maniok, Kakao, Bananen, Zitrusfrüchten, Annatto (*Uruçú*), Zuckerrohr und Kartoffeln verbreitet. Regelmäßige Fruchtwechsel auf kleinteiligen Agroforstflächen (Waldgärten), die im TIPNIS *chacos* genannt werden, und die räumliche Mobilität der indigenen Gemeinschaften innerhalb des Territoriums begünstigen das ökologische Gleichgewicht und die Regeneration der Natur. In einigen Gemeinden werden auch Rinder und Hühner im Freiland gehalten. Im Durchschnitt werden *chaco*-Flächen im Territorium zwei bis drei Jahre lang kultiviert. Danach werden die betreffenden Flächen in der Regel für mindestens fünf Jahre stillgelegt.

Im Unterschied zu den Wirtschaftsformen der Siedler*innen dienen die von Indigenen produzierten Lebensmittel in erster Linie zum Erhalt der eigenen Ernährungssicherheit. Lediglich der Ernteüberschuss wird verkauft und ermöglicht ein geringes Einkommen, das für die Deckung von Grundbedürfnissen wie Kleidung, Batterien, Seife, Salz oder Schulmaterial verwendet wird (Interview Molina 17.05.2019). Aufgrund großer räumlicher Distanzen zu den nächstgelegenen Märkten bieten sich für den Verkauf vor allem haltbare Lebensmittel wie Reis, Zuckerrohr oder Maniokmehl (*chivê*) an. Die Parzellen der Siedler*innen werden

32 Übersetzung: »einige Führungspersonen bitten uns um eine Ausstattung von 500 Hektar pro Person, wissend, dass es in einigen Regionen wie am Titicacasee [...] »surcofundios« (*surco* = Furche; Minifundien) gibt [...], das ist vielleicht sehr ambitioniert«.

hingegen hauptsächlich für den profitorientierten Kokaanbau genutzt. Daneben werden Zitrusfrüchte, Bananen und Reis im Dauerfeldbau kultiviert sowie Hühner-, Schweine- und Rinderzucht betrieben (SERNAP 2004: 28).³³ Die Vorzüge der umwelt- und ressourcenschonenden indigenen Subsistenzwirtschaft framt der Widerstandsakteur Tomás Candia (CIDOB) als einen wichtigen Pluspunkt gegenüber den Produktionsweisen der Siedlergemeinschaft: »*Nuestra mentalidad no es agarrar [un territorio] así grande y destruirlo [...]. Nosotros hacemos nuestro chaco para sobrevivir [...]. Entonces, tenemos otra forma de vivir. No como los campesinos que vienen de otros lados*« (Interview Candia 16.05.2019).³⁴ Diese Abgrenzung ist dabei Teil einer Strategie, die, wie Hirsch (2019: 816) etwas plakativ formuliert, Siedler*innen als kapitalistische, individualistische und naturzerstörerische »Schurk*innen« und indigene Gemeindebewohner*innen als naturschützende »Held*innen« framt.

Die Hervorhebung der Vorzüge indigener Produktionsweisen ergänzte im Framing die Enttäuschung über das Ausbleiben postneoliberaler Alternativen des Wirtschaftens und der Entwicklung. Sie sollten demonstrieren, dass ein realer Wandel des sozioökonomischen Entwicklungsmodells nicht, wie von Skeptiker*innen behauptet, als utopische Verheißung zu betrachten ist (Goodale 2019: 57). Die Soziologin und CEJIS-Mitarbeiterin Fátima Monasterio bezeichnete die indigenen Personen, denen sie in ihrem beruflichen Umfeld begegne, als Träger*innen »*de otra forma de hacer política, de otra forma de organizarse, de otra forma posible del mundo*« (Interview Monasterio 28.05.2019).³⁵ Edgar Izurieta (CIPCA) hob hervor, dass indigene Produktionsweisen Vorbild für ein neues nationales Entwicklungsmodell und damit für eine Alternative zum Extraktivismus werden könnten (Interview Izurieta 15.06.2019). Der Jesuitenpfarrer und Aktivist Fabio Garbari betonte, dass sich in den indigenen Gemeinden viel über gemeinschaftliche Produktionsweisen und Menschlichkeit lernen ließe (Interview Garbari 26.05.2019). Man könne in indigenen Territorien eine alternative Welt entdecken. Mit ihrem gemeinschaftlichen Lebensstil seien die Bewohner*innen indigener Territorien die wahren »*profetas y la punta de lanza del desarrollo, [...] la punta de lanza del futuro*« (Interview Garbari 26.05.2019).³⁶

33 Eine Siedlerfamilie besitzt im Durchschnitt etwa 16 Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche (SERNAP 2004: 28).

34 Übersetzung: »Unsere Mentalität ist es nicht, uns [ein Territorium] dieser Größe zu schnappen und es zu zerstören [...]. Wir bearbeiten unseren *chaco*, um zu überleben [...]. Wir haben also eine andere Art zu leben. Nicht wie die Bauern, die von anderswo herkommen.«

35 Übersetzung: »einer anderen Art Politik zu machen, einer anderen Art sich zu organisieren, einer anderen möglichen Art von Welt«.

36 Übersetzung: »Propheten und die Speerspitze der Entwicklung, [...] die Speerspitze der Zukunft«.

